



Presseschau vom 20.11.2015:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *andere ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends / nachts:

Dan-news.info: Die Entscheidung der Regierung der Ukraine, die Lizenzierung der Hochschulen der DVR und der LVR zu „annullieren“, hat keinerlei praktischen Gedanken und ist diktiert von dem Wunsch die eigenen Misserfolge im Bildungsbereich zu überspielen. Dies erklärte heute die Bildungs- und Wissenschaftsministerin der DVR Larisa Poljakowa. „Bei uns in der Republik haben wir unsere eigene Akkreditierungskommission, wir haben unserer eigenen Staat. Die Ukraine kann nicht Bildungseinrichtungen eines anderen Staates die Lizenzierung entziehen, für uns ist das kein Dokument“, erklärte die Gesprächspartnerin der Agentur.

Sie unterstrich, dass das eigene System der höheren Bildung der Ukraine Ineffektivität zeigt, die durchaus eine Grundlage für den Entzug der Lizenzierung der Bildungseinrichtungen sein könnte.

„Ein solches Verhalten kann nur als Machtlosigkeit gewertet werden. Die Einschreibungskampagne dieses Jahres in der Ukraine war ein Misserfolg, während sich bei uns bis zu zehn Menschen auf einen Platz beworben haben. Außerdem hat unsere Donezker Nationaluniversität 700 Abiturienten mit ukrainischen Zeugnissen aufgenommen. Von dort kommt man zu uns zum Studieren“, unterstrich die Ministerin.

Poljakowa fügte hinzu, dass sogar die ukrainischen Lizenzierungen die Arbeit der Donezker Hochschulen auf dem Gebiet der jetzigen Hauptstadt der DVR vorgesehen haben. Deshalb ist die Tätigkeit der ehemaligen Verwaltungen von Hochschulen, die angeblich die

Bildungseinrichtungen auf von der Ukraine kontrolliertes Territorium „verlegt“ haben, ungesetzlich.

„Alle Klone unserer Universitäten, die versucht haben außerhalb der Stadt zu arbeiten, arbeiten ungesetzlich“, sagte die Ministerin. „Erlasse des Bildungsministeriums der Ukraine über die Verlegung dieser Hochschulen an andere Orte gab es nicht, auch wurde kein Verfahren zu ihrer Lizenzierung und Akkreditierung vorgenommen“.

Heute hat das Bildungs- und Wissenschaftsministerium der Ukraine die Entscheidung bekannt gegeben, den in der DVR und der LVR arbeitenden Hochschulen „die Lizenzierung für Bildungstätigkeit“ zu entziehen.

Dnr-online.ru: Heute, am 19. November, fand in der Donezker Verwaltungshochschule ein Treffen der Oberhaupts der DVR Alexandr Sachartschenko mit der Studierendenschaft statt, in deren Verlauf Fragen der Schaffung einer ideologischen Konzeption des Staates und mögliche Richtungen der weiteren Entwicklung der DVR erörtert wurden.

„Tatsächlich bin ich zu Ihnen gekommen, um einen Rat zu erhalten, weil ich sehr anerkenne, dass gerade Sie Ministerien leiten werden, einer von Ihnen wird Oberhaupt werden und in Ihren Händen liegt die Zukunft. Und heute will ich mit Ihnen die Konzeption zur Schaffung einer Ideologie für das ganze Land diskutieren.

Ich will eine Frage stellen: Warum kämpfen wir und was wollen wir erreichen? Ich habe begonnen zu kämpfen, weil ich nicht wollte, dass Nazisten auf unser Land kommen und Tausende unserer Kinder Invaliden werden. Ich will, dass unsere Kinder in einem normalen Land leben, sich eine normale Arbeit und Erholung erlauben können und das Wichtigste, dass sie so leben, wie sie möchten, dass sie frei sind. Wir müssen ein Land aufbauen, in dem unserem Kinder glücklich leben werden und die alten Menschen mit Stolz. Das ist unsere Aufgabe“, erklärte der Oberhaupt der DVR.

Außerdem berichtete Alexandr Sachartschenko über die Einrichtung eines Programmes, das die Möglichkeit vorsieht, dass die besten Studenten in den Abteilungen des Apparats des Oberhaupts der DVR ein Praktikum durchlaufen und er teilte auch mit, dass es Preise für Studenten geben wird, die ein Programm für die landwirtschaftliche Entwicklung der Republik ausarbeiten. „Ich brauche junge Spezialisten aller Fachrichtungen, ich werde die besten auswählen. Und ich bin bereit, in jede Abteilung des Apparats etwa 10 Personen aufzunehmen. Und sie versuchen auf Plätzen zu arbeiten, die nach einiger Zeit die ihren werden. Ich brauche Menschen, die nicht die materiellen Vorteile über die des Volks stellen werden“, sagte er. „Ich will aus der DVR eine Region machen, die sich selbst mit landwirtschaftlicher Produktion versorgen kann. Und der von Ihnen, der das beste Programm zur Produktion von Treibhäusern und zur Absicherung der Produktionsbetriebe ausarbeitet, wird von mir einen würdigen Preis erhalten. Die zweite Entwicklungsrichtung ist die Pharmazie. Bei uns sind viele Unternehmen, die leider jetzt nicht arbeiten, aber großes Potential haben“.

Gefunden auf der Facebook-Seite von Olga Katsaros: Die UN-Vollversammlung hat gestern eine von Russland initiierte Resolution zur Bekämpfung der Glorifizierung des Nazismus und anderer Praktiken mit großer Mehrheit verabschiedet (126 Länder), die Rassismus, rassistische Diskriminierung, Xenophobie und damit verbundene Intoleranz schüren.

Vier Länder stimmten dagegen: USA, Kanada (eines der drei Nachbarländer der USA), Ukraine und Palau.

Deutschland hat sich bei der Abstimmung enthalten...

CONFERENCE ROOM 1
Third Committee: Plenary

Vote Name:

A/C.3/70/L.59/Rev.1

Combating glorification of Nazism, neo-Nazism and other practices that contribute to fuelling contemporary forms of racism, racial discrimination, xenophobia and related intolerance

Yes

126

No

4

Abstain

53

11:02

19 Nov. 2015.

Vote Time: 11/19/2015 11:00:58 AM

Y AFGHANISTAN	DOMINICA	A LITHUANIA	SAO TOME AND PRINCIPE
A ALBANIA	Y DOMINICAN REPUBLIC	A LUXEMBOURG	Y SAUDI ARABIA
Y ALGERIA	Y ECUADOR	Y MADAGASCAR	Y SENEGAL
A ANDORRA	Y EGYPT	Y MALAWI	Y SERBIA
Y ANGOLA	Y EL SALVADOR	Y MALAYSIA	Y SEYCHELLES
Y ANTIGUA AND BARBUDA	EQUATORIAL GUINEA	Y MALDIVES	Y SIERRA LEONE
Y ARGENTINA	Y ERITREA	Y MALI	Y SINGAPORE
Y ARMENIA	A ESTONIA	A MALTA	A SLOVAKIA
A AUSTRALIA	Y ETHIOPIA	MARSHALL ISLANDS	A SLOVENIA
A AUSTRIA	A FIJI	Y MAURITANIA	Y SOLOMON ISLANDS
Y AZERBAIJAN	A FINLAND	Y MAURITIUS	SOMALIA
Y BAHAMAS	A FRANCE	Y MEXICO	Y SOUTH AFRICA
Y BAHRAIN	A GABON	MICRONESIA (FEDERATED STATES OF)	Y SOUTH SUDAN
Y BANGLADESH	Y GAMBIA	A MONACO	A SPAIN
Y BARBADOS	A GEORGIA	Y MONGOLIA	Y SRI LANKA
Y BELARUS	A GERMANY	A MONTENEGRO	Y SUDAN
A BELGIUM	Y GHANA	Y MOROCCO	Y SURINAME
Y BELIZE	A GREECE	Y MOZAMBIQUE	Y SWAZILAND
Y BENIN	Y GRENADA	Y MYANMAR	A SWEDEN
Y BHUTAN	Y GUATEMALA	Y NAMIBIA	A SWITZERLAND
Y BOLIVIA (PLURINATIONAL STATE OF)	Y GUINEA	A NAURU	Y SYRIAN ARAB REPUBLIC
A BOSNIA AND HERZEGOVINA	Y GUINEA-BISSAU	Y NEPAL	Y TAJIKISTAN
Y BOTSWANA	Y GUYANA	A NETHERLANDS	Y THAILAND
Y BRAZIL	Y HAITI	A NEW ZEALAND	A THE FORMER YUGOSLAV REPUBLIC OF MACEDONIA
Y BRUNEI DARUSSALAM	Y HONDURAS	Y NICARAGUA	Y TIMOR-LESTE
A BULGARIA	A HUNGARY	Y NIGER	Y TOGO
Y BURKINA FASO	A ICELAND	Y NIGERIA	A TONGA
Y BURUNDI	Y INDIA	A NORWAY	Y TRINIDAD AND TOBAGO
Y CABO VERDE	Y INDONESIA	Y OMAN	Y TUNISIA
Y CAMBODIA	IRAN (ISLAMIC REPUBLIC OF)	Y PAKISTAN	A TURKEY
Y CAMEROON	Y IRAQ	N PALAU	Y TURKMENISTAN
N CANADA	A IRELAND	A PANAMA	Y TUVALU
CENTRAL AFRICAN REPUBLIC	Y ISRAEL	Y PAPUA NEW GUINEA	Y UGANDA
CHAD	A ITALY	Y PARAGUAY	N UKRAINE
Y CHILE	Y JAMAICA	Y PERU	Y UNITED ARAB EMIRATES
Y CHINA	A JAPAN	Y PHILIPPINES	A UNITED KINGDOM
Y COLOMBIA	Y JORDAN	A POLAND	Y UNITED REPUBLIC OF TANZANIA
Y COMOROS	Y KAZAKHSTAN	A PORTUGAL	N UNITED STATES
Y CONGO	Y KENYA	Y QATAR	Y URUGUAY
Y COSTA RICA	A KIRIBATI	A REPUBLIC OF KOREA	Y UZBEKISTAN
Y COTE D'IVOIRE	Y KUWAIT	A REPUBLIC OF MOLDOVA	VANUATU
A CROATIA	Y KYRGYZSTAN	A ROMANIA	Y VENEZUELA (BOLIVARIAN REPUBLIC OF)
Y CUBA	Y LAO PEOPLE'S DEMOCRATIC REPUBLIC	Y RUSSIAN FEDERATION	Y VIET NAM
A CYPRUS	A LATVIA	Y RWANDA	Y YEMEN
A CZECH REPUBLIC	Y LEBANON	Y SAINT KITTS AND NEVIS	Y ZAMBIA
Y DEMOCRATIC PEOPLE'S REPUBLIC OF KOREA	Y LESOTHO	Y SAINT LUCIA	Y ZIMBABWE
Y DEMOCRATIC REPUBLIC OF THE CONGO	Y LIBERIA	Y SAINT VINCENT AND THE GRENADINES	
A DENMARK	Y LIBYA	A SAMOA	
Y DJIBOUTI	A LIECHTENSTEIN	A SAN MARINO	

https://scontent-fra3-1.xx.fbcdn.net/hphotos-xfp1/v/t1.0-9/11012135_874105182697669_3829021385752364064_n.jpg?oh=f5009677abc0f3000afc997bc75f2c8f&oe=56EF930E

Vormittags:

De.sputniknews.com: Die Staatsduma (Russlands Unterhaus) will am Freitag eine Erklärung annehmen, in der das Parlament von Montenegro sowie die Parlamente der Nato-Länder und die Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung der OSZE aufgefordert werden, von einer Erweiterung der Nordatlantischen Allianz Abstand zu nehmen.

Darin äußern die russischen Abgeordneten ihre Überzeugung, dass das auf Blöcken beruhende Herangehen an die Gewährleistung der Sicherheit und die Einbeziehung neuer Staaten, insbesondere gegen den Willen der jeweiligen Völker, in Militärallianzen ein politisches Instrumentarium aus den Zeiten des Kalten Krieges darstellen.

„Dies ist heute besonders gefährlich, wo es objektive Ursachen und Faktoren für die Bildung einer wirklich gleichberechtigten und effektiven Koalition der führenden Staaten der Welt zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus sowie gegen aktuelle Herausforderungen und Bedrohungen – Verbreitung verbotener Arten von Waffen und von Massenvernichtungswaffen, illegale Migration, Menschenhandel u. a. – gibt“, wird im Dokument betont.

Das Streben des Regimes von Premier Milo Djukanovic, der bereits seit 25 Jahren regiert, der Nato beizutreten, widerspricht dem Willen eines überwiegenden Teils der Bevölkerung dieses Landes, betonen die russischen Abgeordneten. „Indessen weigern sich die Behörden von Montenegro, ein Referendum über einen Beitritt zur euroatlantischen Allianz abzuhalten. Sie haben Angst, die Stimme des Volkes zu hören.“

Die Politik von Djukanovic versetze den traditionell freundschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und Montenegro einen schweren Schlag, stellen die Staatsduma-Abgeordneten fest. „Seine Zusicherungen, wonach die Beziehungen mit Russland infolge der Annäherung mit der Nato keinen Schaden erleiden werden, sind absolut haltlos.“

„Die Politik des Regimes Djukanovic führt zu einer Zunahme negativer Tendenzen in den Bereichen Tourismus, Investitionen und wirtschaftliche Zusammenarbeit. All das wird sich unmittelbar auf das Leben einfacher Einwohner von Montenegro auswirken“, betonen die russischen Abgeordneten.

Dan-news.info: Die Nacht verlief in den großen Städten der DVR ohne Beschüsse von Wohngebieten. Dies teilten die Stadt- und Bezirksverwaltungen der DVR mit.

„Die Nacht verlief normal, ohne Vorkommnisse“, sagte der Leiter des Kujbyschewskij-Bezirks von Donezk Iwan Prichodko. Auch in den Bezirken Kiewskij, Kirowskij und Petrowskij der Hauptstadt gab es keine Beschüsse.

„Die letzte Nacht verlief ruhig, es war alles still, jetzt arbeiten wir – alles ist normal“, sagte die Bürgermeisterin Makejewkas Larisa Tolstykina. In der Verwaltung Gorlowkas wurde auch erklärt, dass die Lage in der letzten Nacht ruhig war, Informationen über Verletzte und Zerstörungen sind nicht eingegangen.

Analoge Mitteilungen gingen aus den Verwaltungen von Jasinowataja und der Bezirke Nowoasowsk und Telmanowo ein.

De.sputniknews.com: Das Extremistennetz, das der Finanzierung und Bewaffnung der Terrormiliz Islamischer Staat verdächtigt wird, hat Waffen in der Ukraine gekauft, wie die Agentur France Press am Freitag mitteilt.

Wie zuvor mitgeteilt worden war, haben die kuwaitischen Behörden das Handeln der Gruppe

unterbunden. Die Mitglieder — fünf Syrer, zwei Australier, ein aus dem Libanon stammender Ägypter und ein Ortsansässiger — seien festgenommen worden. Der Anführer der Gruppe, dessen Namen nicht genannt wird, gab zu, er habe den IS in Kuwait koordiniert und Geschäfte zur Lieferung von tragbaren Fla-Raketen-Komplexen des Typs FN6 aus China in der Ukraine geschlossen, die später Kämpfer über türkisches Territorium nach Syrien verlegt hätten...

[Ukrinform.ua: Die Vorwürfe der Ukraine wegen der Lieferung von Waffen an Terroristen des „Islamischen Staates“ sind unbegründet.](#)

Das erklärte der Pressedienst des Verteidigungsministeriums der Ukraine.

„Im Zusammenhang mit dem Erscheinen der Medienberichte über die Festnahme eines Kämpfers des „Islamischen Staates“, der angeblich behauptet, Waffen in der Ukraine gekauft zu haben, durch das Innenministerium von Kuwait wird gemeldet, dass das Verteidigungsministerium und die Streitkräfte der Ukraine keine vom Staat beauftragten Vermittler im Außenhandel im Bereich des Exports und Imports von Produktion militärischer und spezieller Bestimmung sind“, betonte der Pressedienst.

Die Behörde betont: „Die Ukraine hat die in den Medienberichten erwähnten Boden-Luft-Flugabwehrraketensysteme FN-6 chinesischer Herstellung weder produziert noch gekauft, noch ihren Transport veranlasst.“

„Darüber hinaus waren und sind die Streitkräfte und andere militärische Formationen der Ukraine nicht mit Boden-Luft-Flugabwehrraketensystemen FN-6 ausgerüstet“, fügte man im Verteidigungsministerium hinzu.

De.sputniknews.com: Kiew ist nicht gewillt, die Schulden von drei Milliarden US-Dollar gegenüber Russland zu tilgen, wie RIA Novosti unter Bezug auf das Interview des ukrainischen Premiers, Arsenij Jazenjuk, gegenüber dem „Ersten nationalen ukrainischen Fernsehsender“ mitteilt.

„Die Reduzierung der Schulden um 20 Prozent und die Verschiebung der Tilgung um vier Jahre sind unsere grundlegenden Bedingungen“, so Jazenjuk.

Der Premier betonte auch, dass Russland keine besseren Bedingungen als anderen Gläubigern angeboten würden.

„Sollte Russland nicht darauf eingehen, wird das Ministerkabinett ein Moratorium für die Rückzahlung der Drei-Milliarden-Schuld an Russland einführen“, so Jazenjuk.

Moskau hatte 2013 ukrainische Eurobonds für drei Milliarden US-Dollar gekauft und die Ukraine dadurch damals vor der Staatspleite bewahrt. Die Papiere sind Ende 2015 fällig.

Das ukrainische Kabinett hatte mehrmals von Russland die Umschuldung gefordert.

Russland beharrt aber auf der Rückzahlung der gesamten Schulden.

Am Montag hatte der russische Finanzminister Anton Siluanow mitgeteilt, Russland habe der Ukraine einen interessanten Vorschlag hinsichtlich der Zahlungsbedingungen gemacht, aber keine Einzelheiten dabei präzisiert.

Am selben Tag hatte Präsident Wladimir Putin beim G20-Gipfel gesagt, Moskau erlaube eine Stundung der Schuldentilgung für drei Jahre – eine Milliarde jährlich bis 2018.

Laut dem russischen Premier Dmitri Medwedew wird Russland in den kommenden drei Wochen über das Schicksal des an die Ukraine gewährten Kredits entscheiden. Sollten sich die Seiten nicht verständigen, drohe Kiew die Staatspleite.

De.sputniknews.com: Russland erwartet eine offizielle Antwort von Kiew und anderen Seiten, die als Bürgen auftreten könnten, auf den Vorschlag zur Restrukturierung der ukrainischen Schulden, wie der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, mitteilt.

„Der Vorschlag wurde von Präsident Putin formuliert. Die russische Seite hat keine weiteren

Ideen unterbreitet“, sagte Peskow in einem Kommentar zu den vorher im ukrainischen TV-Sender vom Premierminister Arsenij Jazenjuk veröffentlichten Vorschlägen. „Die Schulden sind souverän, nicht kommerziell, und müssen zurückgezahlt werden. Die Nichtzahlung bedeutet eine Pleite“, so Peskow....

Dan-news.info: Kiewer Soldaten haben in der Nacht Positionen der Milizen am nordwestlichen Rand der Hauptstadt der DVR beschossen. Dies teilte heute eine Quelle aus dem Verteidigungsministerium der DVR mit.

„Der Beschuss von Positionen der Milizen in der Zone des Flughafens, von Shabitschewo und dem Umkreis des Wolvozentrums von Seiten der ukrainischen Truppen begann gegen 22:30. Etwa gleichzeitig wurde ein Beschuss von Alexandrowka im Petrowskij-Bezirk von Donezk festgestellt. Die Strafruppen beendeten das Feuer erst um halb fünf morgens“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Er fügte hinzu, dass der Gegner von den Positionen in Peski, Opytnoje und Marjinka unter Anwendung von Granatwerfern der Kaliber 82 und 120mm, kleineren Granatwerfern und Schusswaffen feuerte.

Ukrinform.ua: Die Sanktionen gegen Russland müssen von allen EU-Ländern und den Vereinigten Staaten verlängert werden.

So äußerte sich am Donnerstag der Premierminister der Ukraine, Arsenij Jazenjuk, beim Treffen mit außerordentlichen und bevollmächtigten Botschaftern der G7- und EU-Mitgliedsstaaten, berichtet das Regierungsportal.

„Wir sind überzeugt, dass die Sanktionen von allen EU-Ländern und den Vereinigten Staaten verlängert werden sollten“, sagte Jazenjuk.

Er betonte, dass, trotz der Tatsache, dass die Welt vor extrem komplizierten Herausforderungen steht, die Frage der Unterstützung der Ukraine „ohne Zweifel auf der Tagesordnung aller Mitgliedsländer der Europäischen Union und der G7-Länder steht“.

Beim Treffen wurden die Umsetzung der Abkommens von Minsk und die aktuelle Situation in der Ostukraine, der Prozess der Umschuldung der Schuld der Ukraine und die Fragen der Vorbereitung auf das Inkrafttreten des Freihandelsabkommens mit der EU ab dem 1. Januar 2016 diskutiert.

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben in der letzten Nacht auf den nordwestlichen Rand von Donezk 48 Granatgeschosse der Kaliber 82 und 120mm abgefeuert. Dies teilte heute eine Quelle aus dem Verteidigungsministerium der DVR mit.

„Allein auf die Zone des Flughafens haben die ukrainischen Truppen 8 Granatgeschosse abgefeuert, darunter zwei vom Kaliber 120mm. 10 Granatgeschosse wurden in Shabitschewo nördlich von Donezk festgestellt. Auf Alexandrowka im Westen der Hauptstadt haben die ukrainischen Truppen 30 Granatgeschosse abgeschossen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

De.sputniknews.com: Vor genau 70 Jahren, am 20. November 1945, haben die Nürnberger Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher des faschistischen Deutschlands begonnen. Der Internationale Militärgerichtshof war auf Initiative der Sowjetunion, der USA, Großbritanniens und Frankreichs einberufen worden. Er wurde mit der Ermittlung der Verbrechen der Führung Nazi-Deutschlands beauftragt....



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30579/91/305799190.jpg>

Nachmittags:

Dan-news.info: Der besondere Vertreter des Vorsitzenden der OSZE in der Kontaktgruppe Martin Sajdik hat seine Reise nach Donezk aus Gründen seiner persönlichen Sicherheit verschoben. Dies teilte heute vor dem Beginn der Plenarsitzung des Volkssowjets der DVR der Leiter der Delegation der DVR in der Kontaktgruppe, der Sprecher des Parlaments Denis Puschilin mit.

„Das Treffen wurde deshalb verschoben, weil sein Sicherheitsdienst keine sichere Möglichkeit sieht, die Kontaktlinie bei der Fahrt auf unser Territorium zu überqueren. Der Besuch wurde verschoben“, teilte Puschilin mit.

Der Sprecher sagte, dass ein neues Datum für eine Reise des besonderen Vertreters der OSZE in die DVR nicht feststeht.

De.sputniknews.com: Am 70. Jahrestag des Beginns der Nürnberger Prozesse gegen NS-Kriegsverbrechen hat die russische Oberhauschefin Valentina Matwijenko die Einberufung eines internationalen Tribunals für terroristische Verbrechen gefordert.

„Mit unseren Partnern müssen wir die Schaffung eines internationalen Tribunals durchsetzen, um Terroristen und ihre Handlanger, die ungeheuerliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben, hart zu bestrafen“, sagte Matwijenko am Freitag in einer gemeinsamen Sitzung der beiden Parlamentskammern in Moskau....

Dnrsovet.su: Am Donnerstag, den 19. November, besuchte eine Delegation von Bundestagsabgeordneten die Gorlowker territoriale medizinische Vereinigung „Familie und Gesundheit“, wohin zuvor humanitäre Hilfe geliefert wurde, die von nicht gleichgültigen Einwohnern Deutschlands gesammelt wurde.

In die Lager der territorialen medizinischen Vereinigung wurden als humanitäre Hilfe Medikamente geliefert: Antibiotika, fiebersenkende und entzündungshemmende Mittel, Schmerzmittel, Verbandsmaterial und Diagnosemittel mit einem Wert von insgesamt 95.000 Euro.

Für die Gäste aus Deutschland wurde ein Treffen mit Vertretern des Volkssowjets organisiert sowie mit dem Vertreter der regionalen gesellschaftlichen Organisation der Veteranen und Invaliden lokaler Kriege und bewaffneter Konflikte Eduard Loginowyj, die die Lieferung der humanitären Hilfe unterstützt hat.

Die Abgeordnete des Volkssowjets Tatjana Demetschenko sprach den Kollegen aus Deutschland ihre tiefe Dankbarkeit für die Unterstützung durch die Lieferung humanitärer Hilfe aus.

„Europa beginnt alles, was im Donbass geschieht, zu verstehen und adäquat aufzunehmen. Die Sammlung von Mitteln zum Kauf von Medikamenten wurde von gesellschaftlichen Aktivisten organisiert, einfache Menschen schlossen sich an und kamen zur Hilfe. Fremdes Leid gibt es nicht, vor allem wenn es um Kinder geht. Wir sind unseren Kollegen aus Deutschland für die geleistete Hilfe sehr dankbar“, sagte die Abgeordnete.

De.sputniknews.com: Russland unterstützt die Angriffe Frankreichs auf die vom Islamischen Staat genutzte Erdölinfrastruktur in Syrien nicht, weil sie ohne Zustimmung der Regierung in Damaskus erfolgen, wie der Direktor des Departements zur Analyse neuer Herausforderungen und Gefahren beim russischen Außenministerium, Ilja Rogatschjow, mitteilt.

„Nach dem Beginn des russischen Lufteinsatzes und der erfolgreichen Bodenoffensive der syrischen Armee führen auch die Franzosen Schläge gegen IS-Einrichtungen in Syrien durch und begründen dies mit dem Selbstverteidigungsrecht gemäß der UNO-Satzung“, sagte er in einem Interview gegenüber der Zeitung Kommersant.

„Erste Angriffe sollten auf syrische Ausbildungslager der Terroristen geführt werden, in denen Franzosen zu ‚Terroristen‘ ausgebildet werden sollen. Das könnte man ja dem Selbstverteidigungskonzept zurechnen. Wenn diese dann nach der Ausbildung zurückkehren würden, könnten sie eine Gefahr für die Sicherheit darstellen – die Anschlagsserie vom 13. November in Paris hat diese Motive der Herangehensweise bestätigt“, so Rogatschjow. Dennoch seien die Bombenangriffe auf syrische Erdölraffinerien auf ganz andere Gründe zurückzuführen und vom Standpunkt der Selbstverteidigung aus nicht gerechtfertigt.

„Die französischen Partner gehen von einem unvermeidlich erfolgreichen Vormarsch der syrischen Armee und einer baldigen Rückgabe von Ölfeldern und Ölkapazitäten unter Kontrolle der syrischen Regierung aus. Da Baschar al-Assad und der IS für Frankreich gleichrangige Gegner sind, greift Paris sie auch gleichzeitig an. Die Franzosen bombardieren im Irak keine derartigen Ziele“, betonte er.

Auch westliche Experten machten ihm zufolge auf die Zweideutigkeit dieser Situation aufmerksam.

Die amerikanische Luftwaffe fliegt seit August vergangenen Jahres – ohne Zustimmung der Regierung in Damaskus – Angriffe in Syrien. Nach US-Darstellung richteten sich die Angriffe gegen die Terrormiliz Islamischer Staat, die jedoch seit Beginn des Einsatzes sogar expandieren konnte. Die USA streben eine Entmachtung von Präsident Baschar al-Assad an und lehnen jedes Zusammenwirken mit dessen Armee im Kampf gegen die Dschihadisten ab.

Seit dem 30. September dieses Jahres fliegt die russische Luftwaffe auf Bitte der syrischen Regierung Angriffe gegen den IS und al-Nusra. Russische Jets haben laut Angaben aus Moskau bereits mehr als 2.000 Ziele zerbombt und Hunderte Dschihadisten getötet. Mit russischer Luftunterstützung haben die Truppen von Syriens Präsident Baschar al-Assad eine große Offensive begonnen und bereits weite Gebiete von den IS-Dschihadisten befreit.

De.sputniknews.com: Mit oder ohne Assad: Obama stellt Putin Ultimatum
Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat einen Sinneswandel des Westens gegenüber dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad festgestellt. US-Präsident Barack Obama stellt Moskau jedoch das Ultimatum, sich entweder für die Unterstützung Assads oder die Unteilbarkeit Syriens zu entscheiden, schreibt die „Nesawissimaja Gaseta“ am Freitag. Auf dem APEC-Gipfel in Manila forderte Obama laut AP-Angaben Russland und den Iran dazu auf, sich entweder für eine weitere Unterstützung Assads oder für die Erhaltung der Unteilbarkeit des syrischen Staates zu entscheiden. Die Einheit der arabischen Republik sei nur unter einer Bedingung möglich, nämlich der Bildung einer neuen legitimen Regierung. Solange Assad an der Macht bleibe, würden die IS-Terroristen nicht endgültig vernichtet werden können. Obama ergänzte, dass der Iran und Russland einige Monate brauchen werden, um sich diese „Wahrheit“ einzugestehen.

Lawrow ist jedoch anderer Meinung. In einem Interview für „Radio Rossii“ sagte der russische Chefdiplomat, die westlichen Länder seien sich der Perspektivlosigkeit einer Forderung nach dem Rücktritt Assads bewusst und würden ihre Herangehensweise ändern. Die USA sind darüber beunruhigt, dass Russland und der Iran in Syrien eine koordinierte Politik führen. Deshalb versuche Washington, das Bündnis zwischen Teheran und Moskau zu spalten, schreibt das „Wall Street Journal“ unter Berufung auf hochrangige Diplomaten. Die USA sehen den Iran als Bremse beim Geschacher um den Rücktritt Assads. Die Amerikaner hoffen, dass Moskau Flexibilität zeigen wird, was von Teheran nicht zu erwarten sei.

Washington sieht bereits „wachsende Spannungen zwischen Russland und dem Iran“. Der russische Präsident Wladimir Putin, der nach wie vor versucht, die sunnitischen Länder zu überreden, Assad an der Macht zu lassen, kam der Koalition entgegen: Putin soll bei den Verhandlungen angeblich gesagt haben, dass Russland bestrebt sei, den Iran bei der Regelung der Syrien-Krise in den Hintergrund zu drängen.

Kurz nach dem G20-Gipfel legte Russland in der Uno für viele überraschend einen neuen Resolutionsentwurf zu Syrien vor. Frankreich bereitet nach den Terroranschlägen in Paris ein ähnliches Dokument vor.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Uno eine kombinierte Version – eine russische und eine französische – verabschiedet wird. „Ich bin der Ansicht, dass eine Symbiose des russisch-französischen Resolutionsentwurfes möglich ist. Wir erwähnen Assad, und die Franzosen werden auf die Streichung dieses Punktes bestehen, aber ein Kompromiss kann immer gefunden werden“, sagte eine mit den G20-Gesprächen vertraute Quelle.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30580/86/305808653.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des stellvertretenden Leiters des Stabs der Volksmiliz der LVR Oberst Igor Jaschtschenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)
Die ukrainischen Truppen versuchen, durch den Beschuss von Positionen der Volksmiliz im

Gebiet von Marjewka die Soldaten der LVR zur Erwidern des Feuers zu provozieren. „In der letzten Woche hat die ukrainische Seite versucht, uns zu aktiven Kämpfen zu provozieren, indem sie unsere Positionen im Bereich von Marjewka beschossen hat“, sagte er.

„Derzeit führt die militärisch-politische Führung der Ukraine zielgerichtet Maßnahmen zur Diskreditierung der LVR in den Augen ihrer Bürger durch, indem sie uns der Verletzung der Bedingungen der Minsker Vereinbarungen bezüglich des Abzugs von schwerer Technik beschuldigt“, erklärte Jaschtschenko.

„Dies geschieht vorsätzlich, um Grundlagen für die Rückführung von Waffen an die vorherigen Orte zu fabrizieren“, fügte er hinzu.

Dabei sprechen nach seinen Worten über die Bereitschaft, einen solchen Schritt zu gehen, „offizielle Vertreter der ukrainischen Streitkräfte bereits offen“.

„Wir unsererseits halten alle Verpflichtungen ein, die wir im Rahmen des Abzugs schwerer Waffen und Technik übernommen haben“, erklärte Jaschtschenko.

Er fügte hinzu, dass an den anderen Teilstücken der Kontaktlinie das „Regime der Ruhe“ im Ganzen eingehalten wird.

Die Rückführung der sogenannten „territorialen Freiwilligenbataillone“ an die Kontaktlinie kann zu bedauerlichen Folgen für die Führung der ukrainischen Streitkräfte führen.

So kommentierte Jaschtschenko die Information, dass am 18. November in Staniza Luganskaja, das sich unter Kontrolle der Kiewer Truppen befindet, das Bataillon „Asow“ eingetroffen ist, das für seine Verbrechen gegenüber der Zivilbevölkerung des Donbass bekannt ist.

Nach den Worten Jaschtschenkos wird die Befestigung der ukrainischen Positionen an der Kontaktlinie durch Freiwilligenbataillone zu Gefechten zwischen den Abteilungen des Gegners führen.

„In der Folge der Verstärkung der Frontpositionen der ukrainischen Streitkräfte durch Freiwilligenbataillone sind Gefechte zwischen Abteilungen des Gegners, die verschiedene politische Motive für die Beteiligung am Krieg haben, zu beobachten.“

„Auf diese Weise lösen die Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte derzeit ihre inneren Konflikte und die Führung von Angriffsaktionen durch schlecht koordinierte Abteilungen kann zu bedauerlichen Folgen für die militärische Führung der ukrainischen Streitkräfte führen.“ Dabei unterstrich er, dass die Volksmiliz alle ihr Mögliche für eine friedliche Regelung des Konflikts und die Verhinderung der Wiederaufnahme von Kämpfen tut.

Kiew sucht immer neue Vorwände zur Schließung von Passierpunkten an der Kontaktlinie, indem es über ukrainische Medien Desinformationen über angeblich festgestellte Fälle von Festnahmen friedlicher Einwohner an den Passierpunkten durch „Separatisten“ verbreitet. So kommentierte Jaschtschenko die in ukrainischen Medien verbreitete Erklärung des Beraters des Leiters des Sicherheitsdienstes der Ukraine Jurij Tandit, dass Kiew die Passierpunkte an der Kontaktlinie im Donbass schließen könnte, weil angeblich Fälle von Festnahmen von friedlichen Einwohnern durch „Separatisten“ festgestellt wurden.

„Wir sind ein weiteres Mal Zeugen dessen, wie Kiew immer neue Vorwände für die Schließung der Übergänge sucht“, sagte Jaschtschenko.

„Ähnliche Beschuldigungen hat Tuka vor kurzem vorgebracht, nur dass dieses Mal die Desinformation aus der Hauptstadt kommt“, fügte der Vertreter der Volksmiliz hinzu.

Ukrinform.ua: Die ganze Welt muss zeigen, dass sie keine Angst hat und dass sie in gemeinsamem Bemühen gegen den Terrorismus kämpfen wird.

Solche Stellungnahme hat der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, während des Treffens mit Vertretern der italienischen politischen Kreise zum Ausdruck gebracht, berichtet die Pressestelle des ukrainischen Staatschefs.

„Die starke und effektive Einheit kann uns vor Terrorismus schützen. Eine schwache Einheit würde bedeuten, dass der Terrorismus gewinnen wird... Das ist der Weg, den Frankreich und Europa gehen müssen. Wir sind zusammen in einer Antiterror-Koalition“, betonte der Präsident und fügte hinzu, Europa müsse nach den Terroranschlägen stärker werden.

Das ukrainische Staatsoberhaupt erinnerte weiter daran, dass ukrainische Bürger gegen Terroristen kämpfen und dem Aggressor - Russland – widerstehen.

„Die Ukrainer zahlen einen hohen Preis für diese Aggression und terroristische Angriffe... Jedoch kämpfen die Ukrainer weiter für die Werte und die Demokratie und der europäische Weg wurde zu einer nationalen Idee“, sagte der Präsident in Erinnerung daran, dass Tausende von Zivilisten und Soldaten der Ukraine wegen des Krieges gefallen sind.

„Meine Hauptbotschaft ist heute - lasst uns vereinen. Ich hoffe auf die globale Solidarität mit der Ukraine. Lasst uns vereint sein, in unserem globalen Kampf gegen den Terrorismus“, unterstrich Petro Podoschenko.

Dnr-online.ru: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin

Die Lage in der DVR ist in den letzten 24 Stunden angespannt geblieben.

„Beschossen wurden die Ortschaften: Michajlowka, Oserjanowka, Golmowskij, Shelesnaja Balka, Gagarin, Staromichajlowka, Alexanderowka, Sachanka unter Anwendung von Granatwerfern der Kaliber 82 und 120mm, Panzertechnik und Schusswaffen. Auf das Territorium der Republik wurden in der Nacht mehr als 100 Granatgeschosse abgefeuert. Verluste unter den Soldaten der Armee der DVR und der friedlichen Bevölkerung gibt es nicht.

Die Aufklärung der DVR stellt weiterhin Verletzungen der Minsker Vereinbarungen durch die Streitkräfte der Ukraine bezüglich des Abzugs schwerer Waffen von der Kontaktlinie fest. So wurde in Dershinsk, 5 km von der Kontaktlinie, die Ankunft von zwei Mehrfachraketenwerfern „Grad“, zwölf Panzern und fünf Artilleriegeschützen festgestellt. In Konstantinowka, 12 km von der Kontaktlinie, wurde die Stationierung von zehn Panzern und zehn Artilleriegeschützen festgestellt. In Nowomichajlowka, 5 km von der Kontaktlinie, wurde die Stationierung von drei Panzern, acht „Grad“-Systemen und vier Artilleriegeschützen festgestellt.

Die ukrainische militärisch-politische „Elite“ geht bewusst auf ein Scheitern der Minsker Verhandlungen zu und entfesselt einen brudermörderischen Krieg. Wir sind für den Frieden! Wir brauchen keinen Krieg“, erklärte Eduard Basurin.

De.sputniknews.com: Nach Sperre wegen angeblichem Doping: Russische Leichtathleten klagen gegen ARD

Russische Leichtathleten bereiten Klagen gegen Julia Stepanowa und den TV-Sender ARD vor, die Gerichtsprozesse werden in Russland stattfinden, wie der Anwalt der Sportler, Alexander Karabanow, mitteilte.

Der deutsche TV-Sender ARD zeigte am 3. Dezember vergangenen Jahres einen Dokumentarfilm, in dem über ein systematisches Doping durch russische Leichtathleten berichtet wurde. Am 7. Dezember wurde der zweite Teil des Filmes gezeigt. Der Film enthält unter anderem Aufnahmen mit einer versteckten Kamera, in dem die Olympiasiegerin im 800 Meter-Lauf Maria Sawinowa angeblich Doping zugegeben hat. Dabei ist die Stimme Sawinowas nicht zu hören. Die Läuferin Stepanowa (vor der Eheschließung – Russanowa) und ihr Ehemann Witali Stepanow, ehemaliger Mitarbeiter der russischen Anti-Doping-Behörde RUSADA, sind die wichtigsten Protagonisten in dem Film.

„Die Klagen gegen Stepanowa werden gemäß ihrem Wohnort eingereicht. Welches Gericht es sein wird, werden wir nicht präzisieren, damit sie sich nicht an einem neuen Ort anmeldet“, so der Anwalt. Eine Entschädigungssumme, die eingeklagt werden soll, wurde nicht genannt.

„Bislang wurde dies nicht entschieden. Die Summe ist nicht prinzipiell. Das Wichtigste ist, man muss beweisen, dass das alles eine Lüge ist und die gesperrten Sportler rehabilitiert werden“, so Karabanow.

otschi, 11. November 2015: Russlands Präsident Wladimir Putin (Mitte, Stirnseite) in einer

Sitzung mit den Leitern der russischen Sportverbände. Im Mittelpunkt stand die Vorbereitung auf die Olympischen Spiele 2016 in Brasilien. Rechts von Putin - der Sportminister Vitali Mutko. Links von Putin – der Präsidentenberater Igor Lewitin.

Falls das Gericht die Leichtathleten unterstützt, werden sie Klagen gegen den TV-Sender mit der Forderung nach einer Entschädigung für den moralischen Schaden erheben.

„Die Initiatoren des Skandals waren gerade sie, weshalb wir in der Zukunft Klagen gegen sie mit der Forderung nach Entschädigung für den Schaden erheben werden“, so Karabanow. Zuvor waren Verleumdungsklagen des Russischen Leichtathletikverbands gegen die Autoren des ARD-Films erhoben worden.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30581/04/305810474.jpg>

Dan-news.info: Der stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag Wolfgang Gehrcke besucht in Begleitung des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin heute den Donezker Flughafen, um die Situation dort einzuschätzen. Dies teilte heute das Verteidigungsministerium der DVR mit.

„In nächster Zeit werden Eduard Basurin und Wolfgang Gehrcke das Territorium des Flughafens besuchen“, sagte ein Vertreter des Verteidigungsministeriums.

Wolfgang Gehrcke besucht das erste Mal Donezk am 14. Februar 2015. Damals lieferte eine Gruppe von Bundestagsabgeordneten 28 Tonnen humanitäre Hilfe in Form von Medikamenten in den Donbass, die an Krankenhäuser in Donezk, Gorlowka und Lugansk geliefert wurden. Gestern besuchte er Gorlowka, wohin er auch eine Partie humanitärer Güter lieferte.



<https://scontent->

fra3-1.xx.fbcdn.net/hphotos-xat1/v/t1.0-9/s720x720/12246826_2110137155791927_40193648746311714_n.jpg?oh=a267a65c4cb2

[1d59f4565a8d193129fd&oe=56F69E54](#)

Dan-news.info: Einwohner Deutschlands haben aktiven Anteil an der Hilfe für das Volk der DVR. Dies erklärte heute bei einem Treffen mit Journalisten der stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag Wolfgang Gehrcke.

„Wir sind gekommen, um den Kindern Gorlowkas zu helfen, die unter dem Krieg leiden. Wir haben in Deutschland eine kleine Aktion organisiert, aber sehr viel Geld gesammelt“, sagte er.

Gemeinsam mit Gehrcke kam auch das Mitglied des Europarats, der Bundestagsabgeordnete der Linkspartei Andrej Hunko in die DVR....

„In unserer Fraktion sind 64 Abgeordnete. Alle unterstützen uns“, erklärte Gehrcke.

Hunko fügte hinzu, dass die Parlamentarier für die Erfüllung der Minsker Vereinbarungen eintreten. „Wir wollen auch andere Organisationen Deutschlands, darunter auch Regierungsorganisationen, anregen, dass sie dieser Region Hilfe leisten. Wir wollen nicht, dass der Donbass ein schwarzes Loch wird“, unterstrich der Abgeordnete.

Nach seinen Worten wurde aufgrund dieser Position schon versucht ihn aus dem Europarat auszuschließen. „Aber der Versuch war erfolglos“, sagte er.

De.sputniknews.com: Trotz der eingeführten Sanktionen kaufen die USA weiter in Russland Raketentriebwerke ein, wie Alexander Stadnik, Russlands Handelsvertreter in den USA, in einem Interview gegenüber RIA Novosti sagte.

Die bilaterale Kooperation setze sich im Rahmen der zuvor geschlossenen Abkommen fort...

Dan-news.info: Kämpfer der Abteilungen der Milizen der DVR haben im Rahmen einer weiteren Etappe von militärischen Übungen weiter ihre Schussfertigkeiten und Zielfähigkeiten geübt. Dies teilte heute das Verteidigungsministerium der DVR mit.

„In Einheiten und Truppenteilen der DVR werden seit gestern Übungen zum Schießen und zum Zielen des Feuers durchgeführt – dies sind Kontrollübungen“, teilte der Gesprächspartner der Agentur mit.

Nach Angaben des Ministeriums haben die Ergebnisse des ersten Übungstags ein hohes Ausbildungsniveau der Kämpfer der DVR gezeigt.

„Ausgezeichnete professionelle Fertigkeiten unserer Kämpfer, eine hohe Organisiertheit der Abteilungen und die Fähigkeit der Kommandeure, das Personal und das Feuer im Kampf zu koordinieren, wird es in Zukunft erlauben, Aggressionen des Feinds erfolgreich abzuwehren“, unterstrich der Vertreter des Verteidigungsministeriums.

Die Kontrollübungen finden auf einem der Truppenübungsplätze der Republik statt. Die Übungen werden mehrere Tage dauern.

De.sputniknews.com: Präsident Wladimir Putin hat das Engagement der russischen Luftwaffe in Syrien gelobt. Die Luftwaffe habe bereits sehr vieles im Kampf gegen die Terrororganisation „Islamischer Staat“ getan, doch reiche das nicht aus.

Die Aufgaben werden gut erfüllt“, sagte Putin am Freitag während einer Videokonferenz mit der Militärspitze. „Das reicht jedoch nicht, um Syrien von den Terroristen zu befreien und Russland vor Terrorattacken zu schützen.“...

Dnr-online.ru: Heute, am 20. November, berichtete die Abgeordnete Marina Shejnowa

während der Sitzung des Volkssowjets über die Ergebnisse der Zusammenarbeit der zeitweiligen Kommission des Volkssowjets der DVR zur Untersuchung der kriminellen Aktivitäten der Unternehmers Sergej Kurtschenko und mit ihm verbundener Strukturen mit den Ministerien und Behörden der DVR.

„Seit der Bildung der Kommission wurden 9 Sitzungen durchgeführt. An das Ministerium für Abgaben und Steuern der DVR wurde die Bitte gerichtet, eine Liste zur Verfügung zu stellen, auf der die Wirtschaftssubjekte namentlich genannt sind, die Treibstoffe in die Republik importieren sowie Kopien der außenwirtschaftlichen Verträge und Akkreditierung von Wirtschaftssubjekten, die mit Kurtschenko verbunden sind. Die Dokumente wurden geliefert. Außerdem haben wir uns an die Zentrale Republikanische Bank mit der Bitte gewandt, uns Informationen über die oben genannten Subjekte zu liefern. Diese Bitte wurde abgelehnt und vorgeschlagen, der Kommission Erklärungen über die Aufdeckung von Informationen zu liefern, die vom Bankgeheimnis erfasst sind. Informationen vom Staatssicherheitsministerium über das Verbot der Einreise von Sergej Kurtschenko und mit ihm verbundener Personen auf das Territorium der DVR gingen ein. Das Ministerium für Abgaben und Steuern der DVR hat auch zusätzliche Erläuterungen zu den Ergebnissen der Befragung vorgeladener Personen und Dokumente zur Verfügung gestellt:

Außerdem legte Marina Shejnowa Zwischenergebnisse der Arbeit der Kommission des Volkssowjets dar: „Von der Kommission wurden Maßnahmen durchgeführt, die auf die Analyse und Einschätzungen der von den Organen der ausführenden Gewalt durchgeführten Aktivitäten gerichtet sind, die im Erlass des Oberhauptes der DVR Nr. 366 vom 18.9.2015 vorgesehen sind. Auch wurden einer Reihe von Ministerien Anordnungen gegeben, Maßnahmen zur Überprüfung und Unterbindung von Aktivitäten der genannten Personen auf dem Territorium der Republik durchzuführen. Von uns wurde festgelegt, dass das Ministerium für Abgaben und Steuern eine Überprüfung der Aktiengesellschaft „Donezkoblgas“ vornimmt, aber die Ergebnisse liegen uns noch nicht vor. Zu den Ergebnissen der Arbeit kann festgestellt werden, dass die zeitweilige Kommission zusätzliche Vollmachten braucht, um eine allseitige Analyse der kriminellen Aktivitäten von Kurtschenkos und zur Feststellung der mit ihm verbundenen Personen durchführen zu können“.

Ukrinform.ua: Die ukrainische Seite hat gegen den russischen Gasmonopolisten Gazprom im Stockholmer Schiedsgericht eine Klage für 16 Milliarden Dollar eingereicht.

Daran erinnerte der Premierminister der Ukraine, Arsenij Jazenjuk, auf einem TV-Kanal, berichtet das Regierungsportal.

„Wir verklagen Russland auf 16 Milliarden Dollar. Wir sind der Meinung, dass Russland einen ungerechten Preis (für das Erdgas - Red.) für die Ukraine gesetzt hat. Und wir meinen, dass Russland der Ukraine für den Transit von Erdgas über das ukrainische Territorium nicht genug zahlt“, sagte der ukrainische Regierungschef.

Er erinnerte auch an die Verhandlungen mit der Europäischen Union über die Verlängerung des Gastransits russischer Herkunft. von der Ukraine „Wir haben in der Europäischen Union die Frage aufgeworfen, um Russland nicht die Möglichkeit zu geben, South Stream-2 zu bauen, der der Ukraine alle Transitmöglichkeiten und 2 Milliarden Dollar Umsatz pro Jahr nimmt“, sagte Jazenjuk.

Die Ukraine erwartet die Entscheidung des Stockholmer Schiedsgerichts spätestens am Ende der ersten Hälfte des Jahres 2016.

Abends:

Dnrsovet.su: Am Freitag, den 20. November 2015 traf sich der Vorsitzende des Volkssowejs der DVR Denis Puschilin mit Vertretern einer humanitären Mission aus Deutschland, darunter den beiden Abgeordneten des Bundestags Wolfgang Gehrcke und Andrej Hunko.

Der Sprecher des Parlaments der DVR schätzte die Wichtigkeit der Mission der deutschen Kollegen hoch ein und sagte, dass sie hilft die Informationsblockade zu brechen, die im Westen in Bezug auf die Republiken des Donbass entstanden ist.

„Ich halte das Treffen für eine positive Bewegung. Die Weltöffentlichkeit muss Informationen ohne Verzerrungen erhalten“, erklärte Puschilin.

Nach den Worten des Vorsitzenden des Volkssowjets war von Seiten der deutschen Abgeordneten sehr viel Mut nötig, damit diese humanitäre Mission zustande kam.

„Wir danken der deutschen Delegation für ihren Mut“, sagte Denis Wladimirowitsch.

Wolfgang Gehrcke seinerseits berichtete, dass die Vertreter der humanitären Mission vorhaben, die im Verlaufe der Reise erhaltene Informationen an eine breite Öffentlichkeit in Deutschland weiterzugeben.

„Unsere Eindrücke sind positiv. Wir möchten, dass vernünftige Führungspersonen zu vernünftigen Schlüssen kommen. Wir werden unseren Kollegen die hier erhaltenen Informationen weitergeben“, sagte der Bundestagsabgeordnete.

Rusvesna.su: Die Strafverfolgungsbehörden der Krim registrieren alle Aktionen der ukrainischen Aktivisten gegen die Bewohner der Halbinsel, sagte die Staatsanwältin der Republik Natalia Poklonskaja und kommentierte einen weiteren Fall von Beschädigung der Elektro-Übertragungsleitungen in der Region Cherson der Ukraine, die die Krim mit Strom versorgen...

Dan-news.info: Die Zerstörungen in den Wohngebieten am Rand von Donezk durch die Beschüsse der ukrainischen Streitkräfte übersteigen die Vorstellungskraft. Dies erklärten heute während eines Besuchs im Umkreis des Donezker Flughafens gegenüber Journalisten die Mitglieder des Bundestags von der Linkspartei Wolfgang Gehrcke und Andrej Hunko.

„Solche Bilder habe ich bisher nicht gesehen Nach dem Besuch dieser Orte werde ich kaum ruhig schlafen können“, sagte Hunko.

Sein Kollege unterstrich die Notwendigkeit, die Situation im Donbass in einem gesamteuropäischen Kontext zu betrachten.

„Ich dachte nicht, dass in Europa ein Krieg stattfinden wird. Er ist nicht nötig, er muss beendet werden“, erklärte Gehrcke. „Bei der Rückkehr nach Hause werden wir darauf bestehen, dass Deutschland die Beendigung dieses Krieges und eine Weiterführung der Beziehungen mit Russland unterstützt“.

Während des heutigen Besuchs waren die deutschen Politiker im Kujbyschewskij-Bezirk der Hauptstadt der DVR in unmittelbarer Nähe des Donezker Flughafens und hatten die Möglichkeit, sich mit vielen dort gebliebenen Einwohnern zu unterhalten, die zerstörten Wohnhäuser und Ruinen des Iwerskij-Klosters zu sehen, das durch die intensiven ukrainischen Beschüsse im letzten Frühjahr zerstört wurde, die Trümmer der Grabsteine auf dem örtlichen Friedhof.

Die Parlamentarier erzählten, dass die großen deutschen Medien der Gesellschaft kein wahrheitsgemäßes Bild des Geschehens im Donbass liefern.

„Wir arbeiten daran, dass die Informationen möglichst offen werden und tun alles dafür, dass die Menschen die Wahrheit erfahren können, die man nur ahnen kann“, fasste Gehrcke zusammen.



<http://dan->

[news.info/wp-content/uploads/2015/11/%D0%B8%D0%B2%D0%B5%D1%80%D1%81%D0%BA%D0%B8%D0%B9-%D0%BC%D0%BE%D0%BD%D0%B0%D1%81%D1%82%D1%8B%D1%80%D1%8C-2-1024x680.jpg](http://dan-news.info/wp-content/uploads/2015/11/%D0%B8%D0%B2%D0%B5%D1%80%D1%81%D0%BA%D0%B8%D0%B9-%D0%BC%D0%BE%D0%BD%D0%B0%D1%81%D1%82%D1%8B%D1%80%D1%8C-2-1024x680.jpg)